

Niemand hat die Krauts gerufen. Seit Oktober 2001 ist die Bundeswehr heimlich in Afghanistan, seit Dezember 2001 beteiligt sie sich an der UN-„International Security Assistance Force/ISAF“. Etwa 800 Bundeswehrsoldaten sollen helfen, dem neuen Regime Karsai die Macht in Kabul zu sichern, während 200 ihrer Kameraden illegal auf Terroristenjagd in Süd-Afghanistan sind. Das übrige Afghanistan hat die „Anti-Terror-Allianz“ den alten Clanchefs überlassen. Der symbolische ISAF-Einsatz dient weder der Verbesserung der sozialen Situation noch dem Wiederaufbau in Afghanistan - und noch immer fallen Bomben. Die militärischen Kosten verschlingen ein Vielfaches der versprochenen Hilfsgelder. Sollte die ISAF-Mission plangemäß im Juni enden, wird das geschundene Afghanistan endgültig im Bürgerkrieg zerfallen.

Stefan Gose

Der deutsche Beitrag zum Regimewechsel in Afghanistan

„Dabei werfe ich die Frage auf, ob man tatsächlich an Planungen von Luftkriegsoperationen über Afghanistan beteiligt sein will, wenn man sich an den militärischen Maßnahmen selbst nicht beteiligt. Hier habe ich Zweifel. Ich denke, daß ich daran nicht beteiligt sein will.“ (Rudolf Scharping) (1)

Dabeisein - egal wie, womit, warum

Die deutsche Beteiligung am Krieg gegen Afghanistan begann einen Tag, nachdem in New York etwa 3.200 Menschen durch einen Terroranschlag auf das World Trade Center starben. Während US-Präsident George W. Bush aus der Deckung eines US-Luftwaffenstützpunktes die Anschläge als „Angriff auf Amerika“ und „Krieg gegen die zivilisierte Welt“ geißelte, ergriff im entfernten Brüssel NATO-Generalsekretär George Robertson die Gelegenheit, aus den Anschlägen einen Weltkrieg zu machen: die „Robertson-Idee“ war der Vorschlag des obersten NATO-Kriegsherren an die US-Regierung, bei den 18 Alliierten den Bündnisfall nach Art. V NATO-Vertrag einzufordern. (2) Gesagt, getan: schon am 12. September stimmte auch die deutsche Bundesregierung dem Bündnisfall unter dem Vorbehalt zu, daß dieser Anschlag „vom Ausland aus gegen die Vereinigten Staaten verübt wurde.“ (3) Die Beteiligung der NATO versprach der US-Regierung eine breite ideelle Unterstützung der amerikanischen „Anti-Terror-Allianz“. Die NATO-Strategen versprachen sich eine

(1) So dokumentierte der Bundesverteidigungsminister Scharping am 9.11.01 vor dem Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages den Kenntnisstand der Bundesregierung nach einem Monat Luftkrieg, auf dessen Grundlage die Bundesregierung am 16.11.01 ein Anti-Terror-Kontingent von 3.900 Soldaten mit der Vertrauensfrage im Bundesrat durchsetzte. VA 9.11.2001, 88/17

(2) *Europäische Sicherheit, 1/2002, S. 20f. Damit mobilisierte sich die NATO quasi selbst.*

(3) *Erklärung des Nordatlanti-*

krates vom 12.9.2001 zur Feststellung des NATO-Bündnisfalles, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/01, S. 1263

(4) Die wenigen, denen die US-Regierung ihre geheimen "Täterschaftsbeweise" vorgelegt, bewerteten diese später je nach politischer Intention mit "eindeutig" bis "nicht stichhaltig". Um dennoch einen Bündnisfall aus diesen nicht-öffentlichen Beschuldigungen ableiten zu können, erklärte Generalsekretär Robertson am 2.10.01, der NATO würde es genügen, wenn ein Mitgliedsland "glaubhaft versicherte", daß es über solche Beweise verfüge.

(5) Von der AWACS-Verlegung waren 42 Soldaten und Zivilbeschäftigte der Bundeswehr betroffen; daneben wurde eine Fregatte und ein Tanker des ständigen Einsatzverbandes Mittelmeer/STANAVFORMED zur "verstärkten Präsenz" ins östliche Mittelmeer verlegt. Im Rahmen des "Wartime Host Nation Support/WHNS"-Abkommens von 1983 bewacht die Bundeswehr zusätzlich NATO-Einrichtungen und verstärkte die Luftraumüberwachung in Deutschland. Am 6.11.01 nannte Bundeskanzler Schröder zudem an-

neue Legitimation des Bündnisses und die europäischen NATO-Regierungen erhofften sich durch den Bündnisfall Einflußnahme auf die US-Kriegsplanungen.

Doch die "uneingeschränkte deutsche Solidarität mit den USA", die Bundeskanzler Gerhard Schröder fortan beschwor, lief von Anbeginn ins Leere. Denn an diesem Krieg will die US-Regierung ihre europäischen Freunde bis heute nicht ernsthaft beteiligen. Die "Operation Enduring Freedom" besitzt weder ein UN-Mandat, steht nicht unter NATO-Kommando, noch wird sie von der NATO geplant oder koordiniert. Weder legte die US-Regierung gerichtsverwertbare Beweise für eine behauptete Urheberschaft der Anschläge durch Osama bin Laden, das Al-Qaida-Netzwerk oder das afghanische Taliban-Regime vor, (4) noch bat die US-Regierung um eine nennenswerte Kriegsbeteiligung ihrer NATO-Verbündeten oder sprach ihre Angriffspläne mit ihnen ab. Immer wieder sicherte Bundeskanzler Schröder der US-Regierung militärische Hilfe zu und bat um eine Anforderungsliste für Bundeswehrkontingente. Ende September bot Verteidigungsminister Rudolf Scharping in vorausweisendem Gehorsam schon mal 6.000 Bundeswehrsoldaten an, ohne zu wissen, wofür.

Erst als die NATO am 2. Oktober 2001 endgültig ihren Bündnisfall auch ohne Täterschaftsbeweise beschloß, legte die US-Regierung am folgenden Tag der NATO eine spärliche Anforderungsliste vor. Darin bat die US-Regierung vorwiegend um logistische Hilfen, für die kein Bündnisfall hätte festgestellt werden müssen.

Als ab dem 7. Oktober das amerikanisch-britische Bombardement auf Afghanistan begann, schickte die französische Regierung daher auf eigene Rechnung Fremdenlegionäre und Spezialeinheiten ins Kriegsgebiet. Auch Italiens Premierminister kündigte beleidigt die Entsendung eigener Truppen an; ohne Absprachen fanden sich auch russische Soldaten bei der afghanischen "Nordallianz" ein.

Derart in die 2. Reihe versetzt, bastelte die Bundesregierung an ihrem solidarischen Beitrag für den Afghanistan-Krieg, fand aber nichts nennenswertes in ihrem out-of-area-Arsenal: Mitte Oktober wurden schließlich fünf AWACS-Aufklärer (die der NATO unterstehen) aus Geilenkirchen "zur Entlastung" auf die Tinker Air Base bei Oklahoma City verlegt, die angebotenen Fuchs-ABC-Spürpanzer brauchte in Afghanistan allerdings niemand und auch das deutsche Airbus-Lazarett/MEDEVAC wartete seit 23. November drei Monate ungenutzt in Köln-Wahn auf seinen Alarmstart. (5) Ei-

ne angeblich zweite geheime US-Anforderungsliste vom 5. November führte im Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) zu keiner Veränderung des deutschen Angebots, sie war allerdings der Startschuß für den deutschen Flottenverband, der seit Anfang Februar 2002 vor Somalia kreuzt. (6)

Entsprechend unbegründet preßte die Bundesregierung am 16. November 2002 dem Bundestag mit der Vertrauensfrage die Zustimmung zur Beteiligung von 3.900 Bundeswehrsoldaten ohne Ziel und Auftrag beim amerikanischen "Anti-Terror-Krieg" für die Dauer eines Jahres ab. (7) Wenig später billigte der Bundestag auch ein zusätzliches drei Mrd. DM "Anti-Terror-Paket", von dem das BMVg die Hälfte für unbestimmte Zwecke erhielt. (8)

Der "Enduring-Freedom" Beschluß vom 16. November ist ein Blancoscheck für alle jüngsten Bundeswehreinsätze jenseits des ISAF-Mandates:

Somalia/Djibouti: Der deutsche Anteil der "NATO"-Flotte von etwa 100 Kriegsschiffen vor Somalia besteht aus 1.200 Soldaten (bis zu 1.800 sind bewilligt) auf

- 3 Fregatten/Zerstörern (Führungsschiff "Bayern" sowie "Emden" und "Köln"),
- 5 Schnellbooten Kl. 143/143A ("Bussard", "Falke", "Gepard", "Hyäne" und "Puma"),
- 2 Tendern Kl. 404 ("Donau" und "Main"),
- 1 Tanker ("Spessart"),
- 1 Versorger ("Freiburg"),
- 3 Seefernaufklärungsflugzeugen BR-1150,
- einer Marine-Logistik-Basis/MLBE in Djibouti mit 2 Sea-King Mk. 41-Hubschraubern und
- 140 Fallschirmjägern.

Mit dreitägiger Auslaufbereitschaft liegen in Deutschland weitere fünf Minensuchboote und ein weiterer Tender bereit. Die deutsche Armada steht unter dem US-Kommando von NAVCENT in Manama/Bahrain, national wird sie vom Flottenkommando in Glücksburg geleitet. (9) Ein UN-Mandat existiert so wenig, wie ein klarer Auftrag des Bundestages. Vereinbarungen mit der NATO oder der US-Regierung sind nicht bekannt, lediglich über die Nutzung der französischen Militärbasis in Djibouti unterzeichnete der kommandierende Vizeadmiral Lutz Feldt am 11. Januar 2002 ein Abkommen mit dem Außenminister von Djibouti, Hawa Ahmed Youssouf. Bis zu ihrer Stationierung in Kenia werden die deutschen Breguet-Atlantic-Aufklärungsflugzeuge in das französische Spionage-Netzwerk eingebunden. (10)

geforderte Fallschirmjäger, Drohnen und Spürpanzer - wovon bisher lediglich KSK-Kommandosoldaten in Afghanistan zum Einsatz kamen.

(6) Von Rudolf Scharping wurde dieser "geheime" Brief als Grundlage für ein deutsches Afghanistan-Kontingent behauptet (und niemandem gezeigt). US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld bestritt allerdings, der Bundesregierung eine solche Anforderung geschickt zu haben.

(7) *Bundestags-Drucksache (BT-Drs.) Nr. 14/7296, 7.11.2002*

(8) Die vage genannten Verwendungszwecke für Kommunikation (SATCOMBw), Satellitenspionage (SAR-Lupe), Präzisionsabstandswaffen (Drohnen), strategische Transportkapazität (A400M), strategische Personalverlegung/San (ETrUS) und Überlebensfähigkeit (Dingo/GTK) haben mit Terrorismus nichts zu tun, stattdessen handelt es sich um eine zusätzliche Subventionierung unterfinanzierter alter Rüstungsprojekte. Nicht zufällig deckt sich dieser "Anti-Terror-Bedarf" mit der Prioritätenliste des "Material- und Ausrüstungskonzeptes" des BMVg vom März 2001, siehe am 5/01, S. 14ff. Auch die von den 1,5 "Anti-Terror-Milliarden" DM zu finanzierende Attraktivitätssteigerung und Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr geht mindestens auf die Anfänge der "Bundeswehrreform" 1999 zurück.

(9) *www.bundeswehr.de/*

im_einsatz/enduring_freedom/marine_g_a.html
(10) www.irinnews.org;
www.wri-irg.org

(11) dpa 25.2.02

(12) Brigitte Schulte, PStS
BMVg, Bundestags-Plenarprotokoll (BT-PIPr) Nr. 14/211, S. 20885Df., 23.1.02

(13) Sozialistische Zeitung, Februar 2002, S. 11

(14) Die täglich 80-100 gestarteten britischen und US-Kampflugzeuge addierten sich bis 8. November auf etwa 2.700 Einsätze.

ami 32. Jg., Heft 3, März '02

Kuwait: Seit 23. Januar 2002 werden 250 - von bis zu 800 bewilligten - Bundeswehrsoldaten des 7. ABC-Abwehrbataillons aus Höxter mit Fuchs-Panzern über Cuxhaven zu einem "mehrmonatigen Manöver zur Abwehr atomarer und chemischer Kampfstoffe" unter US-Kommando nach Kuwait verlegt. Nach Abschluß des Manövers sollen 50 dieser Bundeswehrsoldaten "zur Wartung von Fuchs-Spürpanzern" in Kuwait bleiben. (11) "Der Zweck dieses Einsatzes ist die Bereitstellung von Kräften zum Spüren und Dekontaminieren von ABC-Kampfstoffen in Regionen, in denen zur Zeit ein Risiko für den Einsatz derartiger Kampfstoffe gesehen wird. Die Unterstützung durch deutsche ABC-Abwehrsoldaten kann daher sowohl den Streitkräften betroffener Koalitionspartner, also Enduring-Freedom-Partner, als auch den Nationen in der Region zugute kommen. ... ohne eine Zustimmung dieser Länder und ohne die Bitte der Vereinigten Staaten, die nicht alles selbst machen können, gäbe es das nicht." (12) Mit anderen Worten: bei dem Fuchsmanöver handelt es sich um die verfassungswidrige (Art. 26 GG) Vorbereitung eines Angriffskrieges auf den Irak.

Kenia: Nach Kenia sollen Anfang März 100 Marineflieger mit 3 Breguet-Atlantic BR-1150-Seeaufklärungsflugzeugen verlegt werden, um den See- und Luftraum um Somalia zu überwachen. Die US-Marines wurden bereits nach Kenia verlegt, um ab März das Landungsmanöver "Edged Mallet" - im Nachbarland Somalia? - zu beginnen. (13)

Nachdem also die Bundeswehr für Kampfhandlungen in Afghanistan von der US-Regierung nicht gebraucht wurde bemühte sich die Kanzler Schröder, bei den nächsten militärischen Schritten der US-Regierung sofort mit der Bundeswehr zur Stelle zu sein. Gleichzeitig kann als Referenz an den grünen Regierungspartner gewertet werden, daß sich nun das Außenministerium mit "Guten Diensten" versuchte, international zu profilieren.

Petersberg - endlich eine konstruktive Rolle

Als Ende November die massiven US-Bombardements und die amerikanisch-russische Aufrüstung der afghanischen "Nordallianz" zur Vertreibung vieler Taliban-Kämpfer führten, (14) erkannte Bundesaußenminister Joschka Fischer eine deutsche Profilierungschance als ehrlicher Makler bei der Petersberg-Konferenz, auf der vom 27. November bis 5. Dezember 2001 ein neues Regime für Afghanistan gefunden werden sollte. Unter Vorsitz des UN-Sondergesandten Lakh-

Deutschlands Rolle in Afghanistan

dar Brahimi tagten 26 Delegierte und 24 Berater, die entweder aus der "siegreichen Nordallianz" oder handverlesen aus dem Exil stammten - Vertreter der Taliban wurden nicht beteiligt - über einen 5-Punkte-Plan. (15) Entsprechend fragil ist das ausgekugelte 30-köpfige Warlord-"Kabinett" des Paschtunen Hamid Karsai, dessen Einfluß nicht über die zerstörte Hauptstadt Kabul hinausreicht. (16) Außen-, Innen- und Verteidigungsministerium gingen an bewährte Kämpfer der Nordallianz. Während sich im Januar 2002 bereits die Milizen des Usbeken und "stellvertretenden Verteidigungsministers" Rashid Dostum mit den Freischärlern des Ex-"Präsidenten der Nordallianz", Burhanuddin Rabbani, Gefechte um nordafghanische Einflußzonen lieferten, wurde am 14. Februar 2002 der afghanische "Luftfahrt- und Tourismusminister" Abdul Rahman erschlagen. "Ministerpräsident" Karsai machte dafür seinen "Geheimdienstminister", General Jan Tawhidi und den "stellvertretenden Verteidigungsminister" Kalandar Beg verantwortlich. (17) Jenseits dieses von der "zivilisierten Welt" inthronisierten Gangsterkabinetts rüsten sich die nicht beteiligten Gruppen Hezb-i-Islami (Gulbuddin Hekmatyar), Jami Islami (Burhanuddin Rabbani) und Atehad Islami (Abdul Rasul Sayaf) für ihre Verteilungsvorstellungen von Afghanistan. (18)

ISAF - Schutzmission für Räuberbande

Am 20. Dezember 2001 befaßte sich der UN-Sicherheitsrat erstmals seit dem 11. September 2002 direkt mit Afghanistan und beschloß mit der Resolution 1386 (2001) ein Mandat für den sechs-monatigen bewaffneten "robusten Einsatz" (Kapitel VII UN-Ch) der "International Security Assistance Force/ISAF". (19) Diese 4.500 vorwiegend NATO-Soldaten aus 16 Ländern sollten das Überleben der "Regierung" Karsai in Kabul sichern und erste Voraussetzungen zum Aufbau des zerstörten Landes schaffen. Mitte März soll der greise Ex-König Zahir Schah aus dem römischen Exil nach Kabul kommen, am 22. Juni 2002 - zwei Tage nach Auslauf des ISAF-Mandats - soll eine "Emergency Loya Jirga", eine große Notversammlung der Stammesfürsten, über das weitere Schicksal Afghanistans zusammentreten - so der naive Plan vom idyllischen Petersberg.

Das ISAF-Mandat schien den UNO erforderlich, um dem Petersberg-Kabinett wenigstens eine kleine Durchsetzungschance in Afghanistan zu versprechen und damit die humanitäre Glaubwürdigkeit der NATO-Staaten unter Beweis zu stellen. Gleichwohl war die ISAF ein Minimalkonsens aller

(15) 11 Delegierte und 10 Berater der "Nordallianz" (Leiter: "Innenminister" Kanuni), 11 Delegierte und 10 Berater der "Romprozesses" um den ehemaligen afghanischen König Zahir Schah (Leiter: Schah-Vertreuter Prof. Sirat, Vorsitzender des Bonner Rates [Frankfurter Prozeß]), 3 Delegierte und 2 Berater aus Peshawar (pakistanisches Exil, Vorsitz: Hamed Gailani, Sohn des einflußreichen Pir Gailani), 3 Delegierte und 2 Berater des sog. "Zypernprozesses" (iranischer Einfluß, Vorsitz: Homajun Jareer, Schwiegersohn des Warlords Gulbuddin Hekmatyar). Auswärtiges Amt: Unterrichtung des Deutschen Bundestages über die im Zusammenhang mit der Beteiligung bewaffneter deutscher Kräfte relevanten Fragen der Bekämpfung des internationalen Terrorismus und der Entwicklungen in und um Afghanistan, 3.12.2001; Die fünf Punkte: 1. Treffen der wichtigsten Repräsentanten, 2. Schaffung eines vorläufigen Rats unter Vorsitz einer landesweit respektierten Persönlichkeit, 3. Aufbau einer Übergangsverwaltung für bis zu zwei Jahren, 4. Einberufung einer großen Ratsversammlung ("Loya Jirga") zur Bestätigung des Programms der Übergangsverwaltung einschließlich der Ausarbeitung einer Verfassung und 5. Ende der Übergangsphase durch Annahme einer neuen Verfassung und Einsetzung einer neuen Regierung

(16) Hamid Karsai ist Chef des Popalsai-Stammes in der Provinz Urusgan. In den 80er Jahren baute er in den USA eine Restaurantkette auf und unterstützte den Kampf der Mudjahedin gegen die sowjetische Besetzung Afghanistans finanziell. 1992-94 war er stellvertretender Außenminister in zwei Mudschahedin-Kabinetten, zuletzt unter Burhanuddin Rabbani, der ihn jetzt bekämpft. Als Warlord kämpfte Karsai zuletzt in der Region Kandahar gegen das Taliban-Regime.

(17) *Frankfurter Rundschau*, 16.2.2002. Auch wenn andere Quellen aufgebrauchte Pilger für diese Tat verantwortlich machten, spiegelt die Schuldzuweisung Karsais doch das Klima im Kabinett von Kabul wider.

(18) *BMVg: Unterrichtung des Parlaments über die Auslandseinsätze der Bundeswehr*, 3/02, 17.1.02, S. 2

(19) Die Anti-Terror-Resolutionen 1368 (2001) vom 12.9.2001 und 1373 (2001) vom 28.9.2001 verurteilten Terrorismus lediglich allgemein und forderten zu gemeinsamen Handeln auf. Sie nennen aber weder ein Angriffsziel Afghanistan noch stellen sie UN-Mandate für US-/NATO-Angriffskriege dar. *UN-SC Res 1386 (2001)*, *SC/7248*, 20.12.2001 (www.un.org).

(20) Mit der Erklärung von NATO-Generalsekretär Robertson vom 25. Februar 2002, die Bundeswehr werde nach dem 26.

Beteiligten, der in der Praxis kaum mehr als ein PR-Manöver sein kann, das einen geordneten Übergang von Krieg zu zivilem Wiederaufbau vortäuschen soll: sämtliche afghanischen Warlords waren nicht an ausländischen Soldaten in ihren Einflußgebieten interessiert, zunächst mochte auch kein Land Bodentruppen für eine gefährliche und zugleich aussichtslose ISAF-Mission zur Verfügung stellen. Das Ergebnis war ein Kurzmandat bis 20. Juni 2002 für eine kleine Hauptstadttruppe, die größtenteils mit ihrem eigenen Schutz beschäftigt ist. Eine systematische Entwaffnung der afghanischen Kriegsparteien ist nicht vorgesehen. Die britische Armee unter General McColl übernahm schließlich bis 30. April 2002 das ISAF-Kommando. Bereits im Dezember 2001 erklärte sich die Bundesregierung außer Stande, nachfolgend das ISAF-Kommando fortzuführen. Erneutes Drängen der US-Regierung Ende Januar 2002 änderte nichts an der Einschätzung des BMVg, daß die Bundeswehr als "lead nation" in Afghanistan überfordert wäre, zumal mittlerweile unter Militärs unumstritten ist, daß eine nutzbringende Afghanistan-Mission weit über Juni 2002 hinausreichen, über erheblich größere Ressourcen verfügen und sich auf ganz Afghanistan erstrecken müßte.

Angesichts der fortschreitenden Neupositionierung der afghanischen Kriegsfürsten kündigte US-Verteidigungsminister Rumsfeld am 22. Februar 2002 an, daß die US-Regierung nun wahrscheinlich doch dauerhaft Bodentruppen nach Afghanistan entsenden wird. (20) Am 28. Februar 2002 meldete die Berliner Zeitung unter Berufung auf einen Sprecher des Verteidigungsministeriums, die Bundeswehr würde nun doch ab April 2002 das ISAF-Kommando übernehmen - allerdings nur das "taktische Kommando". Alle bis dahin etwa 5.000 ISAF-Soldaten in Kabul sollen dann unter deutschem Befehl stehen, ohne daß die Bundeswehr "lead nation" würde. Denn die "operative Führung" der Truppen würde die US-Armee übernehmen. Mit anderen Worten: die Bundeswehr soll Versorgung und Sicherheit in Kabul koordinieren und damit den US-Truppen der Rücken für ihre Kampfeinsätze im übrigen Afghanistan freihalten. Damit könnte sich der amerikanische "Luftsieg" über die Taliban endgültig in einen unkalkulierbaren Guerillakrieg am Boden wandeln.

Bundeswehr - vom Katzentisch an die Front

Damit hat Kanzler Schröder mit seiner konzeptlosen Solidarität die Bundeswehr endgültig in eine gefährliche Sackgasse manövriert. Seit Oktober 2001 ist die Bundeswehr an "En-

during Freedom“ in Afghanistan beteiligt. Zunächst waren es wenige Verbindungsoffiziere und Elitesoldaten des Kommandos Spezialkräfte/KSK, die von Pakistan aus im Geheimen den amerikanischen Spezialkommandos assistierten. Ende Februar 2002 sollen “sicherlich mehr als 200“ KSK-Soldaten im Raum Kandahar auf Terroristenjagd gewesen sein. (21) Das ist illegal, da der Bundestagsbeschluss vom 16. November 2001 zu Enduring Freedom nur den Einsatz von 100 Spezialkräften zulässt und der Afghanistan-Entsendebeschluss/ISAF vom 22. Dezember bestimmt: “Einsatzgebiet ist Kabul und Umgebung.“ (22) Noch am 8. November hatte Bundeskanzler Schröder in seiner Regierungserklärung behauptet: “Es geht weder um eine deutsche Beteiligung an Luftangriffen noch um die Bereitstellung von Kampftruppen am Boden.“ (23)

Seit 26. November 2001 unterstützt die Bundeswehr den US-Krieg in Afghanistan durch täglich etwa drei C-160-Transall-Transportflüge auf den Routen Ramstein-Istanbul-Incirklik/TR und Mildenhall/GB-Burgas/BG-Incirklik - bis Ende 2001 waren es 106 Flüge. Das BMVg zählte bis dahin 857 Bundeswehrsoldaten zu seinem “Enduring Freedom“-Kontingent. (24)

Zwei Tage nach dem UN-Mandat stimmte der Deutsche Bundestag am 22. Dezember 2001 einem ISAF-Kontingent von maximal 1.200 Soldaten zu. Sie sind Teil des “Deutsch-Niederländisch-Österreichisch-Dänischen Einsatzkontingentes ISAF“, das vom deutschen Brigadegeneral Carl Hubertus von Butler kommandiert wird. (25) Die Leitung in Deutschland läuft beim Einsatzführungskommando der Bundeswehr in der Potsdamer Henning-von-Tresckow-Kaserne zusammen, womit sich die Bundeswehr endgültig ihren “Normalitätswunsch“ vom eigenen Generalstab erfüllte.

Am 1. Januar 2002 trafen die ersten neun Soldaten des deutschen ISAF-Kontingents in Kabul ein, Anfang Februar waren es bereits knapp 600 Bundeswehrsoldaten. (26) In Kabul fährt das Kontingent seit dem 14. Januar mit Wiesel- und Dingo-Panzerfahrzeugen Patrouillen. (27) Angeblich wegen notwendiger Reparaturarbeiten des afghanischen Flughafens Bagram (Minen) bauen sich Bundeswehr und niederländische Einheiten seit Januar den usbekischen Flughafen Termez als Luftlandstützpunkt aus. (28) Wahrscheinlicher ist allerdings, daß die US-Verbündeten die wenigen einsatzfähigen Flughäfen in Afghanistan für ihre Zwecke beanspruchen. (29) Bemerkenswert ist, mit welchen Regimen die Bundeswehr innerhalb von zwei Monaten ihre

März 2002 weitere drei Monate als “Lead Nation“ der “Operation Amber Fox“ in Mazedonien bleiben schien zunächst entschieden, daß die US-Army selbst die britische Nachfolge bei ISAF in Afghanistan antreten wird.

(21) *Deutsche Presse Agentur (dpa)*, 25.2.02

(22) *BT-Drs. 14/7296 vom 7.11.2001, BT-Drs. 14/7930 vom 22.12.2001, Zitat S. 4*

(23) www.bundeswehr.de/index_html

(24) *BMVg: Unterrichtung des Parlaments über die Auslandseinsätze der Bundeswehr, 2/02, 3.1.02, S. 8f.*

(25) D: 770 Soldaten, NL: 200, A: 30, DK: 40

(26) www.bundeswehr.de/im_einsatz/enduring_freedom/uebersicht_feb02.html

(27) Laut Bundestagsbeschluss vom 22.12.2001 gehören

außerdem zum deutschen Kontingent: “Infanteriekräfte, Hubschrauberkräfte, Unterstützungskräfte, Lufttransportkräfte, Kräfte für die Beteiligung an internationalen Hauptquartieren und Verbindungsorgane zu Regierungen, NGOs und internationalen Organisationen“.

BT-Drs. 14/7930, S. 3

(28) *Reuters, 12.2.2002*

(29) Als Transalls der Bundeswehr Anfang Januar 2002 erstmalig humanitäre Fracht (Wolldecken) auf ihrem Streckenabschnitt bis Incirklik transportieren sollten, gab es (nach über 100 Lufttransporten für die US-Army 2001) zunächst “logisti-

sche Probleme“ in Wunstorf, dann konnten die Transalls nicht in der Türkei landen („Schnee“), als das möglich war, konnten sie nicht zum Weiterflug starten - und schließlich war in Afghanistan keine Landebahn nutzbar - während gleichzeitig größere C-17 Globemaster III der US-Air Force Gefangene nach Guantanamo ausflogen. Ähnliche „Kooperationsprobleme“ hatten Anfang Januar auch britische und französische ISAF-Kontingente, die zwar in Afghanistan landen konnten, dann aber von ihren US-Kameraden wegen „logistischen Problemen“ zunächst an der Einnahme ihrer Stellungen gehindert wurden.

(30) www.bundeswehr.de/im_einsatz/isaf/isaf_factsheet_23jan02.html

(31) FR, 16.2.2002

(32) USA: 297 Mio. \$/2002, Japan: 500 Mio. \$ bis 2004, EU: 495 Mio. \$/2002, Saudi-Arabien: 220 Mio. \$ bis 2004, Großbritannien: 288 Mio. \$ bis 2006, Deutschland: 362 Mio. \$ bis 2005, IBRD: 500 Mio. \$, ADB: 500 Mio. \$. www.afghan-info.com/News/Afghan_Reconstruction.htm

(33) www.auswaertiges-amt.de

ganz eigene „Partnership for Peace“ geschlossen hat - neben Usbekistan und Bulgarien auch Kuwait, Kenia und Djibouti.

Die offizielle Aufgabe der deutschen ISAF-Soldaten ist „die Unterstützung der afghanischen Behörden bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit im Einsatzgebiet (Kabul und Umgebung)“. (30) Da „afghanische Behörden“ jedoch nicht existieren, laufen und fahren die Bundeswehrosoldaten in Kabul Streife - gelegentlich zusammen mit halbamtlichen Milizionären, zumeist aber alleine. Zu diesem Zweck ist Kabul in einen britischen und einen deutschen Sektor unterteilt, französische Soldaten kontrollieren den Flughafen. Seit am 15. Februar 2002 vier ISAF-Soldaten - darunter zwei deutsche - nach einem Fußballspiel leicht verletzt wurden (ein Australier wurde bereits erschossen), beschäftigt sich das Bundeswehr-Kontingent weniger mit Patrouillen, als mit der Befestigung des eigenen Feldlagers. (31)

Kein Fundament zum Wiederaufbau

Einen ernsthaften Beitrag zum Wiederaufbau Afghanistans kann die ISAF-Truppe nicht leisten. Nachdem Weltbank/IBRD und Asian Development Bank/ADB ein notwendiges Wiederaufbauvolumen von etwa 15 Milliarden \$ in den kommenden zehn Jahren für Afghanistan errechnet hatten, tagte am 21./22. Januar 2002 die „International Conference on Reconstruction Assistance to Afghanistan“ in Tokyo. 60 Regierungen und 20 internationale Organisationen versprachen der afghanischen Übergangsregierung für 2002 etwa 1,8 Mrd. \$, - innerhalb der nächsten fünf Jahre soll eine Summe von über 4,5 Mrd. \$ zusammenkommen.

(32) Erfreut kündigte der afghanische „Verteidigungsminister“ umgehend an, davon zu allererst eine Armee von 250.000 Soldaten aufstellen zu wollen - nicht zufällig nimmt die Zahl seiner „Stellvertreter“ ständig zu.

Die Bundesregierung bemüht sich demgegenüber, die konstruktiven Seiten der Civil-Military-Cooperation (CIMIC) hervorzuheben: „Deutschland hat auf Wunsch der afghanischen Interim-Administration und der Vereinten Nationen eine führende Rolle beim Wiederaufbau der afghanischen Polizei übernommen. (...) Die afghanische Interimsadministration hat in Berlin angekündigt, beim Wiederaufbau der afghanischen Polizei der Einhaltung der internationalen Menschenrechtsstandards und der Integration der Frauen besondere Bedeutung beizumessen,“ freut sich das Auswärtige Amt. (33) Seit Mitte Februar unterhält deshalb auch das Bundesinnenministerium einen Stab von zehn Polizeibeam-

ten in Kabul. Mit 10 Mio. Euro Sorforthilfemitteln sollen sie beim Aufbau einer Polizeiakademie helfen. Auch 40 Kleinbusse will die Bundesregierung liefern, schließlich sollen 25.000 afghanische Polizisten ausgebildet werden. (34) "Die Autorität der Übergangsregierung muss von den Afghanen selbst gewährleistet werden. Sie kann nicht zuerst gegründet werden auf die internationale militärische Präsenz," erklärt Rudolf Scharping seine Vorliebe zur Polizei. (35) Das Kalkül der Bundesregierung ist durchsichtig: keine Regierung der "internationalen Staatengemeinschaft" möchte eigene Bodentruppen außerhalb Kabuls stationieren. Stattdessen werden dafür afghanische Polizisten ausgebildet, die den gut bewaffneten Warlords im Lande Paroli bieten sollen.

(34) www.auswaertiges-amt.de

(35) *Die Welt*, 10.2.2002

Auf 362 Mio. \$ beziffert die Bundesregierung ihren Gesamtbeitrag zum Wiederaufbau Afghanistans bis 2005. Unter Abzug indirekter Hilfsbeiträge über EU und Banken sind dies etwa 80 Mio. Euro pro Jahr. Dem stehen alleine 340 Mio. Euro gegenüber, die nach Schätzung des BMVg der sechsmonatige ISAF-Bundeswehreinsatz in Afghanistan bis Juni 2002 kosten soll. Nur 150 Mio. Euro davon muß Rudolf Scharping aus seinen zusätzlichen 1,5 Anti-Terror-Milliarden begleichen, für jeden weiteren Euro wird der Einzelplan 60 (Allgemeine Finanzverwaltung) von Finanzminister Hans Eichel zur Kasse gebeten. (36) Da bereits absehbar ist, daß das ISAF-Mandat über Juni hinaus verlängert wird bedeutet dies, daß die Bundesregierung bei heutigen Kostenplanungen gut das achtfache (ca. 700 Mio. Euro/Jahr) ihrer Wiederaufbaumittel für einen weitgehend nutzlosen Bundeswehreinsatz ohne Perspektive ausgibt.

(36) *Die Welt*, 10.2.2002

Das Kalkül der Bundesregierung kann nicht aufgehen: nachdem die Bundeswehr schon bei der Bombardierung Afghanistans nicht gebraucht wurde, wollte sich die rot-grüne Regierung als Helfer - mit Lazarett-Airbus, auf dem Petersberg, in Tokyo und schließlich mit Patrouillen und Polizeikräften - profilieren. Da dabei das bewaffnete Clansystem nicht in Frage gestellt wird, nützen die deutschen Bemühungen der afghanischen Bevölkerung nichts. Vielmehr werden die Menschen für eine symbolische "Power Projection"-Politik mißbraucht und eher früher als später neuen Warlords in ihren Ruinen überlassen. Nebenbei zweigt sich die Bundeswehr über eine Milliarde Euro für neue Wafenkäufe ab und präsentiert sich bereits wieder solidarisch am Horn von Afrika und in Kuwait, um diesmal in der ersten Reihe zu sitzen, wenn der "Führer der zivilisierten Welt" wieder ruft: "dead or alive" ■